

In eigener Sache

Stellungnahme aus dem Rundbrief 06 / 14

In der letzten Zeit häufen sich verschiedene, zum Teil widersprüchliche Anschuldigungen gegen das Hamburger Forum: Wir seien ein Bündnis mit der „Querfrontorganisation“ der Montagsmahnwachen eingegangen oder wären von dieser unterwandert und hätten uns vom Friedensratschlag in Kassel abgewandt – schließlich auch, das Hamburger Forum sei „tot“.

Darauf können und wollen wir hier nicht im Einzelnen eingehen. Stattdessen beschränken wir uns darauf, das zu dementieren, was zu dementieren ist: Das Hamburger Forum ist kein Bündnis mit den Montagsmahnwachen eingegangen, auch nicht von denen unterwandert, und unterstützt nach wie vor den Friedensratschlag nach Kräften. Auch ist das Forum nicht tot, sondern sehr lebendig und aktiv: Wir haben in den letzten Wochen in Hamburg an vielen Friedensaktionen teilgenommen oder diese selbst initiiert. Zurzeit planen wir mit anderen Gruppen eine regionale Demonstration am 13. Dezember im Rahmen der von der Aktionskonferenz in Hannover verabredeten bundesweiten Kampagne zum „Friedenswinter 2014–2015“. Schließlich beginnen wir mit der Vorbereitung des Ostermarsches.

Da wir uns nicht im Bündnis mit den Montagsmahnwachen befinden, sehen wir auch keinen Grund, auf diese weiter einzugehen. Wir wollen nur darauf hinweisen, dass diese Gruppen in den verschiedenen Orten durchaus einen unterschiedlichen Charakter entwickelt haben, weshalb der Umgang der Friedensbewegung mit ihnen an verschiedenen Orten durchaus unterschiedlich sein kann und in der Tat auch ist.

Im Folgenden wollen wir die Entwicklung darstellen, die das Forum in der letzten Zeit genommen hat, in der Hoffnung, dadurch mehr Verständnis bei denen zu gewinnen, die diese Entwicklung mit Sorge und Skepsis betrachten: Ende Mai 2014 hatten unterschiedliche Gruppen und Einzelpersonen zu zwei getrennten Ukraine-Kundgebung aufgerufen – das Forum hatte auf beide hingewiesen. Viele hatten danach den Wunsch, gemeinsam friedenspolitisch zu arbeiten, und haben als losen Zusammenschluss das „Friedensnetz“ gegründet. Beteiligt daran waren im Wesentlichen: Aktive von attac, der DKP, der LINKEN, einige, die bei den Montagsmahnwachen aktiv waren, und auch das Forum.

Bei den ersten Treffen zeigte sich, dass eine fruchtbare Arbeit in diesem Rahmen nicht möglich war, weil eine Gruppe aus „Liste Links“ und „Harte Zeiten Jusos“ dies durch ihr aggressives Auftreten verhinderte. Genau wegen dieser Art hatte sich das Forum schon vor Jahren nach heftigen Auseinandersetzungen von dieser Gruppe getrennt und lehnt seitdem jegliche Zusammenarbeit mit ihr ab. Wir haben das Netzwerk dann eingeladen, seine Arbeit im Rahmen unserer „Vorstandssitzungen mit geladenen Gästen“ fortzusetzen – quasi im „Asyl“. Erstes positives Ergebnis dieser Arbeit war, dass Aktive des Netzwerks uns bei der Vorbereitung der von uns veranstalteten Demonstration zum Antikriegstag unterstützt haben.

Aufgrund der guten Erfahrungen in der gemeinsamen Arbeit ist bei etlichen aus dem Netzwerk der Wunsch entstanden, kontinuierlich im Hamburger Forum mitzuarbeiten – einige sind inzwischen auch Mitglied geworden. Angestrengt arbeiten wir gemeinsam an der Vorbereitung unserer Beiträge zum Friedenswinter, insbesondere zur Demonstration am 13. Dezember. Spannend – aber auch an-

strengend – sind die langen Diskussionen, die sich ergeben, weil „alte“ und „neue“ im Forum bei aller grundsätzlichen Übereinstimmung zu vielen Fragen unterschiedliche Erfahrungen einbringen. Das bietet aber auch die Chance, mit neuen Ansätzen breitere Kreise mit unseren Aktionen anzusprechen.

Selbstverständlich hat sich an unseren Grundsätzen und Zielen nichts geändert: Gerade in Zeiten steigender Kriegsgefahr wollen wir weiter am Frieden interessierte Einzelpersonen und Organisationen zu gemeinsamen Aktionen für den Frieden und gegen Kriegsvorbereitungen zusammenführen. Besonders wichtig ist uns, den Widerstand gegen die Interventions- und Aufrüstungspolitik der Bundesregierung zu stärken und gegen Kriegshetze in den Medien Position zu beziehen. Unverändert wird der Antifaschismus von allen als Basis aller Friedensarbeit gesehen und praktiziert.

Zum Schluss möchten wir alle, die Kritik an unseren Positionen oder Fragen zu unserer Arbeit haben, ganz herzlich bitten, diese nicht im Internet oder bei Facebook zu verbreiten, sondern sich direkt – mündlich oder schriftlich – an uns zu wenden. Auch wenn wir nicht erwarten, dass alle Differenzen ausgeräumt werden, könnte das doch zu einem respektvolleren, der Friedensbewegung angemesseneren Umgang miteinander beitragen.

Beitrag von Markus Gunkel aus dem Rundbrief 07 / 14

. . . Dabei mussten wir uns auch mit einer Medienkampagne gegen die Friedensbewegung auseinandersetzen, in der uns vorgeworfen wird, wir würden uns nach rechts öffnen. Hierzu haben wir bereits im letzten Rundbrief mit der Erklärung „In eigener Sache“ Stellung genommen. Ich kann euch versichern: Von einer Öffnung des Forums nach rechts kann keine Rede sein. In dem Aufruf zur Demonstration am 13. Dezember heißt es: „Den Menschenrechten, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität gilt unser aktives Handeln. Rassismus und Faschismus lehnen wir entschieden ab.“ Der Aufruf des Friedenswinters, mit dem wir hier in Hamburg für unsere Demonstration mobilisierten (er lag dem letzten Rundbrief bei und findet sich auch auf unserer Internetseite), wurde auch von der Mahnwache Hamburg unterschrieben, mit der wir auf dieser gemeinsamen antifaschistischen und antirassistischen Grundlage in der Vorbereitung auf die Demonstration gut zusammenarbeiten.

Mit der Denunzierung jeglicher Kritik an der israelischen Besatzungspolitik in Palästina oder am kapitalistischen Finanzsystem als antisemitisch soll die berechtigte und notwendige Kritik an der Kriegslogik der westlichen Staaten zum Schweigen gebracht werden. Unsere Kritik am mächtigsten Militärbündnis der Welt, der Nato, ist nicht antisemitisch oder antiamerikanisch, sondern pazifistisch und antimilitaristisch. Und sie ist angesichts der weltweiten Kriege und der neuen ideologischen Fronten unverzichtbar. Da sollten wir uns als Friedensbewegung nicht spalten lassen, auch wenn es unterschiedliche Einschätzungen in Einzelfragen gibt.

Die ideologische Kampagne gegen die Friedensbewegung erinnert in ihrer Härte und Unerbittlichkeit an den ideologischen Antikommunismus der 1950er und 1960er Jahre. Wer damals in den Geruch geriet, er würde sich nicht ganz energisch von den Kommunisten distanzieren (Gründe für Kritik gab es schließlich genug), der war im öffentlichen Leben der Bundesrepublik erledigt. Für Ent-

spannung mit dem Osten einzutreten oder die westliche Aufrüstung zu kritisieren, reichte aus, um als Kommunist und damit als Feind diffamiert zu werden. Mit diesem Argument wurde versucht, jede inhaltliche Kritik an der westlichen Hochrüstung und Konfrontationspolitik zu unterbinden. Heute zieht die Furcht vor dem Kommunismus nicht mehr, und so wird der Friedensbewegung Antisemitismus und Antiamerikanismus vorgeworfen.

Dass Aktive aus unterschiedlichen Gruppen mit uns zusammenarbeiten, heißt nicht, dass wir uns deren Positionen alle zu eigen machen. Wir freuen uns über jeden Sozialdemokraten und jede Grüne, die mit uns gemeinsam auf die Straße gehen, um gegen die militaristische Außenpolitik der Bundesregierung zu protestieren. Diese Zusammenarbeit schmälert nicht unsere Kritik an den für die deutschen Kriegseinsätze verantwortlichen Mitgliedern aus diesen Parteien. Aber wir kritisieren die Politik und nicht die Parteimitgliedschaft. Dieses Prinzip friedensbewegter Bündnisarbeit gilt auch gegenüber den Mahnwachen.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass Friedensbewegte, die seit langem mit uns zusammenarbeiten, jetzt Kritik an unseren Positionen oder Fragen zu unserer Arbeit haben, insbesondere in Bezug auf die Montagsmahnwachen. In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass diese Gruppen in den verschiedenen Orten durchaus einen unterschiedlichen Charakter entwickelt haben, weshalb der Umgang der Friedensbewegung mit ihnen an verschiedenen Orten durchaus unterschiedlich sein kann und in der Tat auch ist. In Hamburg haben wir Beteiligte an den Montagsmahnwachen als ausdrückliche Antifaschistinnen kennengelernt, die über den in der Gesellschaft zunehmenden Rechtspopulismus sehr besorgt sind.

Wir möchten euch einladen, eure Probleme mit unserer Position – mündlich oder schriftlich – mit uns direkt zu diskutieren. Auch wenn wir nicht erwarten, dass dadurch alle Differenzen ausgeräumt werden, könnte ein respektvoller, der Friedensbewegung angemessener Umgang dazu beitragen, dass die Differenzen nicht noch vertieft und emotionalisiert werden. Daran sollten wir im Interesse unserer friedenspolitischen Ziele alle interessiert sein. Es ist unverzichtbar, dass wir als Friedensbewegung gegen die derzeitigen Krisen, Konflikte und Kriege und gegen die große Koalition der Befürworter einer „robusteren deutschen Außenpolitik“ auf die Straße gehen. Der Friedenswinter wird ganz überwiegend von einem großen Teil der klassischen Friedensbewegung getragen. Die Diffamierung des Friedenswinters als Montagsmahnwachenprojekt schwächt die Friedensbewegung. Dass von den Medien diese Debatte im Interesse der Politik der Bundesregierung aufgegriffen wird, ist natürlich kein Zufall.

Erklärung des BundessprecherInnenrats der Sozialistischen Linken vom 29.11.2014

Der BundessprecherInnenrat der Sozialistischen Linken (SL) unterstützt den Friedenswinter 2014/2015 und ruft zur Teilnahme an den Aktionen auf. Das bedeutet nicht, sich

mit allem gemein zu machen, was andere Aufrufende oder Beteiligte an den Aktionen in anderen Zusammenhängen äußern. Grundlage der Unterstützung sind die Aufrufe aus der Friedensbewegung, die politisch richtig und eindeutig formuliert sind.

Eine Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften kann für Linke bindend nur auf der Grundlage eines unmissverständlichen antifaschistischen Konsenses möglich sein. Alte oder neue Nazis, AntisemitInnen und RassistInnen sind und bleiben Kräfte, gegen die Linke demonstrieren, sie können niemals PartnerInnen sein. Das gilt auch für die Zusammenarbeit mit Menschen der sog. Mahnwachenbewegung, die nicht auf rechte Tendenzen reduziert werden dürfen. Wir freuen uns über jede örtliche Mahnwache, die sich klar von rechtem Gedankengut abgrenzt und auf einen humanistischen Grundkonsens verpflichtet. Es kann nicht von allen TeilnehmerInnen an Friedensdemonstrationen erwartet werden, dass sie bekennende Linke sind. Das wäre eine anmaßende und unrealistische Anforderung, die auch Bewegungen gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Golfkriege nicht hätten erfüllen können.

Es ist abzulehnen, dass Menschen aufgrund einzelner unreflektierter Aussagen mit dem Vorwurf des Antisemitismus oder Rassismus gebrandmarkt und zu Unpersonen erklärt werden. Man muss nicht alle Auffassungen dieser Menschen teilen, um ihnen mit der rechtsstaatlichen Unschuldsvermutung zu begegnen und ihnen Gelegenheit zu geben, Irrtümer und Missverständnisse auszuräumen. Wir weisen auch darauf hin, dass ein exzessiver Gebrauch des Antisemitismusvorwurfs diesem die Schärfe nimmt. Wer Menschen, die nur eine oberflächliche Kapitalismuskritik vertreten, mit bewussten HolocaustleugnerInnen und VernichtungsapologetInnen auf eine Stufe stellt, verharmlost letzten Endes die Schrecken der Shoah.

ForscherInnen haben herausgefunden, dass die Teilnehmenden der Mahnwachen stärker linke Einstellungen und linkes Wahlverhalten aufweisen sowie weniger rassistisch und antisemitisch eingestellt sind als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung, dass es allerdings starke autoritäre Tendenzen gibt und eine große Gruppe, die sich weder rechts noch links einordnen lassen will. Für Linke gibt es keinen Anlass für eine pauschale Distanzierung. Stattdessen ist es absolut notwendig, orientierend auf eine fortschrittliche Ausrichtung und demokratische Werte in dieser Bewegung hinzuwirken. Antidemokratischen und rechts anschlussfähigen Haltungen muss immer aktiv entgegen getreten werden. Der „Friedenswinter“ wird in großem Maße von traditionellen Friedensorganisationen getragen. Der zentrale Aufruf ist so eindeutig in seiner antifaschistischen Ausrichtung, dass er von wirklichen Rechten nicht unterschrieben werden kann. Die Sozialistische Linke hofft, dass der Friedenswinter zu einem starken Zeichen gegen Krieg und Gewalt wird. Dieses Zeichen ist heute (leider) wieder bitter nötig.